

Abdruck

Niederschrift
über den **öffentlichen** Teil
der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Soziales
von Mittwoch, den 27.05.2009,
im großen Sitzungssaal des Landratsamtes Miltenberg

Beginn der Sitzung: 14:00 Uhr
Ende der Sitzung: 17:00 Uhr

Den Vorsitz führte Herr Landrat Roland Schwing.

Für den in der Zeit von 16:35 Uhr bis 17:00 Uhr stattgefundenen nichtöffentlichen Teil dieser Sitzung wurde eine gesonderte Niederschrift gefertigt.

Anwesend waren:

Ausschussmitglieder

Herr Walter Berninger
Frau Emma Fichtl
Frau Rita Follner
Herr Thomas Köhler
Frau Hannelore Kreuzer
Herr Bernd Schötterl
Frau Juanita Schwaab
Herr Dr. Rainer Vorberg
Frau Ruth Weitz

Stellv. Ausschussmitglieder

Herr Helmut Demel
Herr Bruno Fischer
Frau Birgit Hotz

Entschuldigt fehlten:

Ausschussmitglieder

Herr Hubert Klimmer
Herr Dr. Heinz Linduschka
Herr Reinhard Simon

Von der Verwaltung haben teilgenommen:

Herr Dr. Erwin Dittmeier, Medizinaldirektor (Punkt 1 bis 4)
Herr Oliver Feil, Regierungsrat
Herr Rainer Müller und Frau Kerstin Kraus, Mitarbeiter im Bereich Denkmalschutz (Punkt 2)
Herr Gerhard Rüth, Verwaltungsoberamtsrat
Herr Manfred Vill, Verwaltungsamtsrat (Punkt 4)
Frau Eva Ullrich, Schriftführerin

Ferner waren anwesend:

Herr Rainer Stelzig

Herr Thomas Rübke, Geschäftsführer des Landesnetzwerkes Bürgerschaftliches Engagement
(Punkt 4)

Tagesordnung:

- 1 Staatliche Berufsoberschule und Fachoberschule Obernburg a. Main - Alternative zum Gymnasium
- 2 Zuschussanträge für denkmalpflegerische Maßnahmen:
Information über Zuschussbewilligungen gemäß den geltenden Richtlinien
- 3 Infrastrukturen des Bürgerschaftlichen Engagements - Erfahrungen aus einer Untersuchung des Landkreises München
(Vortrag Dr. Thomas Rübke, Geschäftsführer des Landesnetzwerkes Bürgerschaftliches Engagement)
- 4 Seniorenpolitisches Gesamtkonzept für den Landkreis Miltenberg - Zwischenbericht
- 5 Organisation und Finanzierung der offenen Ganztagschule im Schuljahr 2009/2010

Tagesordnungspunkt 1:

Staatliche Berufsoberschule und Fachoberschule Obernburg a. Main - Alternative zum Gymnasium

Landrat Schwing begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Oberstudiendirektor Stelzig.

Oberstudiendirektor Stelzig informierte den Ausschuss sodann mittels eines Beamer-Vortrages „Der Weg nach oben“, welcher im Kreistagsinformationssystem zur Verfügung gestellt wird, über die Bildungsmöglichkeiten für junge Menschen an der Fachoberschule und Berufsoberschule Obernburg. Herrn Landrat Schwing und den Mitgliedern der verschiedenen Ausschüsse dankte Herr Stelzig für die hervorragende Ausstattung der beiden Schulen, die von Schülerinnen und Schülern und deren Eltern gut angenommen werden. Der Landkreis Miltenberg könne sehr stolz sein, dass es diese beiden Schulen gebe.

Landrat Schwing dankte Oberstudiendirektor Stelzig für den interessanten Vortrag, der bestätigt habe, wie erfolgreich die beiden Schulen arbeiten und welche Chancen sie den jungen Menschen bieten. Der Vortrag habe aber auch gezeigt, dass die Hochschulreife nicht nur über das Gymnasium erreicht werden könne, sondern dass ein absolut durchgängiges System mit vielen Chancen auch für Schülerinnen und Schüler, die erst später ein Studium beginnen möchten, bestehe. Er sei froh, dass es im Landkreis Miltenberg diese hervorragenden Ausbildungsmöglichkeiten gebe. Oberstudiendirektor Stelzig habe bestätigt, dass hierfür auch die entsprechenden Ausstattungen, sowohl baulich als auch einrichtungsmäßig, vorhanden seien. Der Landrat und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landkreisverwal-

tung wären froh, wenn es an allen Landkreisschulen so wenig Probleme gäbe wie an der Fachoberschule und Berufsoberschule Obernburg. Auch dafür gelte Oberstudiendirektor Stelzig und dem Lehrerkollegium Dank und Anerkennung. Schließlich tätige der Landkreis Miltenberg jährlich hohe Investitionen für eine optimale Ausstattung aller Landkreisschulen.

Kreisrätin Kreuzer sprach Oberstudiendirektor Stelzig ebenfalls den Dank für den ausführlichen Vortrag aus und teilte mit, dass bei der Verwaltungsgemeinschaft Kleinwallstadt des Öfteren Praktikantinnen bzw. Praktikanten tätig seien, die gute schulische Voraussetzungen mitbringen. Sie fragte, wie viele Schülerinnen und Schüler derzeit die beiden Schulen besuchen.

Oberstudiendirektor Stelzig gab daraufhin bekannt, dass an beiden Schulen insgesamt 312 Schülerinnen und Schüler unterrichtet werden, von denen ca. 90 die Berufsoberschule und ca. 220 die Fachoberschule besuchen. Er erwähnte in diesem Zusammenhang, dass die Schulen dankbar dafür seien, dass den Schülerinnen und Schülern bei den Kommunen und Betrieben Praktikantenplätze zur Verfügung gestellt werden, wo sie praktische Teamarbeit lernen können.

Auf Befragen von Kreisrat Schötterl gab Oberstudiendirektor Stelzig bekannt, dass seit drei Jahren auch die berufliche Oberschule zum Abitur führe. Fachoberschule und Berufsoberschule seien seit dieser Zeit unter einem Dach vereint.

Kreisrätin Fichtl fragte, ob es Erfahrungswerte darüber gebe, wie viele Schüler nach dem Schulabschluss Studierfähigkeit erlangen und ob die Schule erfahre, welchen weiteren Ausbildungsweg die Schüler eingeschlagen haben.

Oberstudiendirektor Stelzig teilte dazu mit, dass die Fachhochschulen Aschaffenburg oder Würzburg Ziel vieler Fachoberschüler sei. In Obernburg legen jährlich ca. 120 Schülerinnen und Schüler das Abitur ab, dieses Jahr seien es ca. 140. Aufgrund der Bewerbungen der Schüler nach dem Abitur könne gesagt werden, dass ca. 90 % die Fachhochschule besuchen und von diesen ca. 10 % bis 14 % die Richtung allgemeines Abitur einschlagen und anschließend an einer Universität studieren. Diese Tatsache sei auch für die Schule eine gute Bewertung.

Landrat Schwing bemerkte, dass die Abiturientenzahl von 140 in Obernburg deutlich höher sei als an den Gymnasien des Landkreises.

Abschließend bat Landrat Schwing Schulleiter Stelzig, den Lehrkräften der beiden Schulen den Dank der Ausschussmitglieder und der Landkreisverwaltung für ihre hervorragende Arbeit zu übermitteln.

Tagesordnungspunkt 2:

Zuschussanträge für denkmalpflegerische Maßnahmen: Information über Zuschussbewilligungen gemäß den geltenden Richtlinien

Landrat Schwing stellte Frau Kirsten Kraus, ab 01.07.2009 Nachfolgerin von Herrn Müller im Bereich Denkmalschutz, vor.

Herr Müller wies sodann darauf hin, dass der Kreisausschuss am 19.07.2000 die Verwaltung ermächtigt habe, künftig im Rahmen der Denkmalpflege in eigener Zuständigkeit zu ent-

scheiden und dem Kreisausschuss jährlich eine Aufstellung über die gewährten Zuschüsse vorzulegen, was hiermit geschehe.

Seit der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Soziales am 12.06.2008 seien seitens der Verwaltung folgende Zuschüsse bewilligt worden:

1. Markt Mönchberg, Hauptstraße 44, 63933 Mönchberg
Fassadeninstandsetzung am „Alten Rathaus“, Hauptstraße 42, in Mönchberg
(Kostenaufwand: -32.000,-- €; denkmalpflegerischer Mehraufwand: mehr als 12.500,-- €)
Zuschuss gemäß Richtlinie I.1: 1.000,-- €(Bewilligungsschreiben vom 11.05.2009)
2. Machon Elisabeth, Bischoffstraße 3, 63897 Miltenberg
Fassadensanierung am Fachwerkhaus Hauptstraße 17 in Miltenberg
(Kostenaufwand: -12.157,44 €; denkmalpflegerischer Mehraufwand: ca. 6.000,-- €)
Zuschuss gemäß Richtlinie I.1: 480,-- €(Bewilligungsschreiben vom 11.05.2009)
3. Katholische Kirchenstiftung Mönchberg, Langgasse 15, 63933 Mönchberg
Fassadensanierung am Pfarrheim „St. Wendelin“, Schwimmbadstraße 10, in Mönchberg
(Kostenaufwand: ca. -43.000,-- €; denkmalpflegerischer Mehraufwand: mehr als 12.500,-- €)
Zuschuss gemäß Richtlinie I.2: 1.000,-- €(Bewilligungsschreiben vom 11.05.2009)
4. Stadt Wörth a. Main, Luxburgstraße 10, 63939 Wörth a. Main
Voruntersuchungen am „Oberen Tor“, Rathausstraße 59, in Wörth a. Main
(Kostenaufwand: -11.483,50 €; denkmalpflegerischer Mehraufwand: -11.483,50 €)
Zuschuss gemäß Richtlinie I.3: 919,-- €(Bewilligungsschreiben vom 11.05.2009)
5. Markt Kleinwallstadt, Hauptstraße 2, 63839 Kleinwallstadt
Voruntersuchungen am Gasthaus „Zum Hasen“, Marktplatz 3, in Kleinwallstadt
(Kostenaufwand: -11.250,-- €; denkmalpflegerischer Mehraufwand: -11.250,-- €)
Zuschuss gemäß Richtlinie I.3: 900,-- €(Bewilligungsschreiben vom 11.05.2009)
6. Trockenbrodt Manfred, Graf-Rieneck-Straße 14, 63863 Eschau
Voruntersuchungen am Fachwerkhaus Elsavastraße 63 in Eschau
(Kostenaufwand -6.307,-- €; denkmalpflegerischer Mehraufwand: -6.307,-- €)
Zuschuss gemäß Richtlinie I.3: 505,-- €(Bewilligungsschreiben vom 11.05.2009)
7. Firma Klingenberg Dekoramik GmbH, Trennfurter Straße 33, 63911 Klingenberg a. Main
Instandsetzung des „Pfortnerhauses“, Trennfurter Straße 40, in Klingenberg a. Main und
Umnutzung zum Werksmuseum
(Kostenaufwand: -166.415,-- €; denkmalpflegerischer Mehraufwand: mehr als 12.500,-- €)
Zuschuss gemäß Richtlinie I.2: 1.000,-- €(Bewilligungsschreiben vom 11.05.2009)
8. Schäfer Helmut, Taunustrasse 23, 63225 Langen
Restaurierung der Hauseingangstüre sowie Erneuerung der zugehörigen Treppenstufen
(Sandsteinschwelle) am Anwesen Pfarrgasse 2 in Amorbach
(Kostenaufwand: ca. -6.000,-- €; denkmalpflegerischer Mehraufwand: -3.000,-- €)
Zuschuss gemäß Richtlinie I.2: 240,-- €(Bewilligungsbescheid vom 11.05.2009)
9. S.D. Andreas Fürst zu Leiningen, Marktplatz 12, 63916 Amorbach
Befunduntersuchung der ehem. Abteikirche, heutigen Schlosskirche, in Amorbach
(Kostenaufwand: -33.302,93 €; denkmalpflegerischer Mehraufwand: -33.302,93 €)
Zuschuss gemäß Richtlinie I.3: 1.000,-- €(Bewilligungsschreiben vom 11.05.2009)

10. S.D. Andreas Fürst zu Leiningen, Marktplatz 12, 63916 Amorbach
Befunduntersuchung des Marstalls, Freihof 3, in Amorbach
(Kostenaufwand: -46.492,59 €; denkmalpflegerischer Mehraufwand: -46.492,59 €)
Zuschuss gemäß Richtlinie I.3: 1.000,-- € (Bewilligungsschreiben vom 11.05.2009)
11. S.D. Andreas Fürst zu Leiningen, Marktplatz 12, 63916 Amorbach
Befunduntersuchung des Ökonomiegebäudes, Schlossplatz 5, in Amorbach
(Kostenaufwand: -35.228,99 €; denkmalpflegerischer Mehraufwand: -35.228,99 €)
Zuschuss gemäß Richtlinie I.3: 1.000,-- € (Bewilligungsschreiben vom 11.05.2009)
12. Hartnagel Berit, Freudenberger Straße 46, 63927 Bürgstadt
Fassadensanierung am Fachwerkhaus von 1644 in der Freudenberger Straße 46 in Bürgstadt
(Kostenaufwand: ca. -20.000,-- €; denkmalpflegerischer Mehraufwand: ca. 7.000,-- €)
Zuschuss gemäß Richtlinie I.1: 560,-- € (Bewilligungsschreiben vom 11.05.2009)

Die Mitglieder des Bildung- und Kulturausschusses nahmen die unter den Ziffern 1 bis 12 aufgeführten Zuschussbewilligungen zustimmend zur Kenntnis.

Zu den den Ausschussmitgliedern übergebenen Richtlinien teilte Herr Müller mit, dass die Verwaltung bei verschiedenen Landratsämtern und kreisfreien Städten Unterfrankens bezüglich der dort gewährten Zuschüsse im Rahmen der Denkmalpflege bereits Erkundigungen eingeholt habe, jedoch heute noch kein endgültiges Ergebnis bekannt gegeben werden könne. Die Verwaltung werde dem Ausschuss im Herbst 2009 die überarbeiteten Richtlinien zur Beschlussfassung vorlegen.

Tagesordnungspunkt 3:

Infrastrukturen des Bürgerschaftlichen Engagements - Erfahrungen aus einer Untersuchung des Landkreises München
(Vortrag Dr. Thomas Rübke, Geschäftsführer des Landesnetzwerkes Bürgerschaftliches Engagement)

Landrat Schwing begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Dr. Thomas Rübke und führte folgendes aus:

Zunächst möchte ich Sie über den bisherigen Sachstand und die bisherigen Entwicklungen hinsichtlich der geplanten Einrichtung einer hauptamtlichen Fachstelle zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements im Landkreis Miltenberg informieren:

Wie Sie alle wissen, hat der Kreisausschuss am 26. Februar 2009 im Rahmen seiner Beratung und Beschlussfassung über den Haushaltsplan 2009 auf einen Antrag der CSU-Kreistagsfraktion hin mit Stimmenmehrheit den Beschluss gefasst, zur Vorbereitung der Einrichtung einer entsprechenden hauptamtlichen Fachstelle im Stellenplan eine Ausweisung vorzunehmen. Die Stelle soll aber nur dann besetzt werden, wenn – wie in der Koalitionsvereinbarung zwischen der CSU und FDP vereinbart und im Doppelhaushalt 2009/2010 des Freistaates Bayern vorgesehen – eine staatliche Förderung/Anschubfinanzierung erfolgt.

Wie Sie weiter alle wissen, hat der Kreistag am 05. März 2009 den Stellenplan für die Verwaltung einstimmig genehmigt.

Nach diesem Kreistagsbeschluss hat unser Stimmkreisabgeordneter, Herr Berthold RÜth, am 10. März 2009 im Sozialministerium angefragt, ob die Einrichtung einer solchen Stelle mit staatlichen Mitteln gefördert werden könne.

Frau Sozialministerin Haderthauer begrüßte in einem Antwortschreiben vom 31. März 2009 an ihn die Initiative des Landkreises Miltenberg sehr und sah gute Chancen, dass der Landkreis eine Förderung erhalten könne. Derzeit würden in ihrem Hause die Fördergrundsätze erstellt. Für die Finanzierung seien Mittel des Sozialfonds vorgemerkt. Mit den beabsichtigten Maßnahmen und Projekten des Sozialfonds im Bewilligungszeitraum 2009/2010 würden sich noch der Ministerrat und anschließend der Haushaltsausschuss des Landtags befassen. Die Fördergelder würden voraussichtlich Ende des 2. Quartals 2009 zur Bewirtschaftung zur Verfügung stehen. Förderanträge könnten deshalb z.Z. noch nicht bearbeitet werden. Auch die Genehmigung eines vorzeitigen Maßnahmebeginns sei aus haushaltsrechtlichen Gründen noch nicht möglich. Der Landkreis Miltenberg werde aber informiert, sobald die Fördergrundsätze feststehen würden.

Über diese Anfrage unseres Stimmkreisabgeordneten Berthold RÜth und die Antwort der bayerischen Sozialministerin ist in einer Pressemitteilung vom 14. April 2009 und in der Lokalpresse (Main-Echo und Bote vom Untermain) am 16. April 2009 berichtet worden.

Die Einrichtung der geplanten Fachstelle war auch Thema der letzten Sitzung der Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände und anderer Sozialinstitutionen im Landkreis Miltenberg am 10. März 2009, auf der auch die anderen in Planung bzw. im Aufbau sich befindenden Projekte im Landkreis, das „Main-Ehrenamt“, die Freiwilligenagentur des Beratungszentrums für Senioren und pflegende Angehörige, der „Miltenberger Tauschring“ sowie das Projekt „Stunden schenken – Nachbarschaftshilfen“ des Diözesan-Caritasverbandes vorgestellt worden sind.

Außerdem wurde seitens der Landkreisverwaltung am 26. März 2009 auch nochmals ein Gespräch mit der Vorstandschaft des Beratungszentrums für Senioren und pflegende Angehörige, Frau Zöller und Herrn Hellmuth, geführt.

Sowohl in der ARGE-Wohlfahrt-Sitzung als auch im Gespräch mit der Vorstandschaft des Beratungszentrums wurden keine Überschneidungen/Kollisionen mit bestehenden bzw. in Planung oder im Aufbau befindenden Einrichtungen und Projekten gesehen.

Dasselbe gilt auch für die bereits bestehenden segmentbezogenen Netzwerke und Knotenpunkte innerhalb des Landratsamtes u.a. im Bereich des Kulturreferates, des Sportreferates, des Sachgebietes „Kinder, Jugend und Familie“, der Selbsthilfeunterstützungsstelle, des Senioren-Netzwerkes sowie des Palliativ-Hospiz-Arbeitskreises usw..

Heute nun freue ich mich, in unserem Ausschuss den Geschäftsführer des Landesnetzwerkes Bürgerschaftliches Engagement, Herrn Dr. Thomas Rübke, Nürnberg, begrüßen zu dürfen. Das Landesnetzwerk ist eine landesweite Servicestelle für Fragen rund um das Thema Ehrenamt. Die Geschäftsstelle engagiert sich für eine allgemeine weitere Verbreitung des Bürgerschaftlichen Engagements in Bayern und für die Entwicklung entsprechender Strukturen. Herr Dr. Rübke wird zu uns über das Thema „Infrastrukturen des Bürgerschaftlichen Engagements – Erfahrungen aus einer Untersuchung des Landkreises München“ sprechen. Außerdem wird er anschließend einige kurze Ausführungen zu bereits bestehenden Fachstellen an Landratsämtern in Bayern (u.a. im Landkreis Cham) und den dortigen praktischen Erfahrungen machen. Ich denke und gehe davon aus, dass wir hierbei einige wichtige und wertvolle Hinweise, Anregungen und Ideen für die weitere Planung der Fachstelle erhalten werden. Von Herrn Dr. Rübke ist in der Dezember-Ausgabe 2008 der Zeitschrift „Der Landkreis“ ein Artikel über die Untersuchung im Landkreis München veröffentlicht worden. Diesen

Artikel haben wir für Sie kopiert und an Ihren Plätzen zum Mitnehmen und Nachlesen ausgelegt.

Herr Dr. Rübke informierte den Ausschuss sodann anhand eines Beamer-Vortrages über Infrastrukturen des Bürgerschaftlichen Engagements.

Landrat Schwing dankte Herrn Dr. Rübke für seine Ausführungen und sagte zu, dass dieser Vortrag im Kreistagsinformationssystem eingestellt wird.

Landrat Schwing bemerkte weiter, dass der Landkreis Miltenberg eine zentrale Stelle, nicht religiös oder an einen sonstigen Bereich gebunden, anstrebe. Diese Stelle soll absolut keine Konkurrenz, sondern eine Kopfstelle sein, die ein Netzwerk aufbaue, welches die bestehenden Strukturen einbinde. Herr Dr. Rübke habe bereits zwei Beratungstermine angeboten, die der Landkreis Miltenberg gern annehmen werde, sobald die Stelle besetzt sei. Der Zeitpunkt für die Schaffung dieser Stelle sei ein Gebot der Stunde, dass ehrenamtliches Engagement für alle Bereiche ausgeschöpft werde.

Kreisrat Schötterl dankte Landrat Schwing für seine Aussage, dass bestehendes Engagement nicht ausgeschlossen werden soll. Dass eine Stelle, wie von Landrat Schwing vorgeschlagen, eingereicht werden soll, sei ehrenwert. Ein Problem sei leider, dass man immer weniger an die Jugend herankomme. Um Jugendliche für ehrenamtliche Tätigkeiten begeistern zu können, sei daher die Schnittstelle Schule wichtig. Dies bestätigen die Erfolge am Hermann Staudinger-Gymnasium Erlenbach a. Main. Sinnvoll wäre es auch, wenn die bestehenden Vereinsringe künftig besser zusammenarbeiten würden. Außerdem brauche jeder Verein einen Visionär, der die Richtung vorgebe.

Zum Vorschlag von Kreisrat Schötterl „Schnittstelle Schule“ bemerkte Landrat Schwing, dass man diesbezüglich optimistisch sein könne. Es gebe einen Arbeitskreis Schule und Handwerk, der sich kürzlich mit ca. 30 Jugendlichen an einer großen Veranstaltung im Landratsamt ehrenamtlich beteiligt habe. Diese Veranstaltung sei toll gelaufen. Es werde gehofft, dass dieses Engagement auf weitere Schulen ausgeweitet werden könne. Leider gebe es auch Veränderungen im ehrenamtlichen Engagement. Während sich früher viele Menschen viele Jahre in einem Verein ehrenamtlich engagiert hätten, übernehmen heute viele Menschen nur noch kurzzeitig ehrenamtliche Aufgaben.

Kreisrätin Follner bezeichnete eine Vernetzung und die Einbindung der Jugend als sinnvoll. An der Schule, an der sie unterrichte, erhalten Schülerinnen und Schüler mit dem Zeugnis eine Bestätigung über wahrgenommene ehrenamtliche Tätigkeiten, welche ihnen bei späteren Bewerbungen oftmals sehr hilfreich sei. Außerdem gebe es für dieses Engagement der Schüler Ehrungen.

Kreisrätin Follner bat sodann um nähere Erläuterungen des Vorschlages Schule und Ehrenamt.

Herrn Dr. Rübke lobte diesbezüglich das ehrenamtliche Engagement am Erlenbacher Gymnasium, das schon viele Jahre bestehe und in Bayern bekannt sei. Er berichtete, dass es an der Lehrerakademie in Dillingen gemeinsam mit Vertretern des Kultusministeriums im letzten Jahr eine größere Diskussion über ehrenamtliches Engagement in Schulen gegeben habe. Viele Lehrer haben dabei geäußert, sie würden gern etwas tun, seien aber in vielen Bereichen überlastet. Jetzt komme vom Kultusministerium das Thema Projektklasse und die Lehrer fragen, wo können sich die Schüler ehrenamtlich engagieren. Dafür gebe es bereits die Zusammenarbeit einiger Schulen mit Agenturen, z.B. Bamberg und Bad Neustadt/Aisch. Diese Agenturen vermitteln Tätigkeiten in sozialen Einrichtungen oder im Tierschutz. Es sei schon heute erkennbar, wie dieses Engagement in die Höhe springe. In Bamberg z.B. hätten innerhalb von drei Jahren ca. 500 Schülerinnen und Schüler ehrenamtliche Aufgaben über-

nommen. Der Vorschlag Schnittstelle Schule sei auch deswegen wichtig, weil der Trend zur Ganztagschule gehe. D.h. es müssen Brücken zwischen Vereinsleben und Schulen errichtet und Bürgerschaftliches Engagement in die Schulen geholt werden. Damit stehe man aber erst am Anfang.

Kreisrat Fischer schlug ebenfalls vor, zu versuchen, die Jugend für ehrenamtliches Engagement zu begeistern, was allerdings nicht einfach sein dürfte.

Kreisrätin Weitz sprach sich dafür aus, nicht nur auf Vernetzung zu setzen, sondern insbesondere auch um Hilfestellung seitens der Kommunen zu bitten. Darin sehe sie den Schwerpunkt der Initiative, denn es gebe ein großes Potenzial an Menschen, die sich engagieren, aber nicht an Vereinsstrukturen binden wollen. Sie wollen sich vielmehr einer bestimmten Gruppe anschließen, ohne in einem festen Korsett eingemeiselt zu werden. Dieses Potenzial gelte es auszuschöpfen und zunächst einen Anreiz zu schaffen. Es werde eine große Aufgabe der Politik sein, den Leistungsbegriff neu zu definieren. Leistung sei nicht nur, im Beruf erfolgreich zu sein und Geld zu verdienen, sondern auch anderen Menschen zu helfen und ihnen eine Freude zu bereiten. Im Hinblick auf die immer knapper werdenden Finanzmittel werden die anstehenden sozialen Aufgaben sonst künftig nicht mehr zu bewältigen sein.

Herr Dr. Rübke bestätigte, dass ein großes Potenzial an Menschen gebe, die sich gern ehrenamtlich engagieren würden, aber bisher nicht die Gelegenheit dazu gehabt hätten. Gerade für diese Menschen seien in den letzten Jahren mehrere Projekte entwickelt worden, wie z.B. die Hospizbewegung, wo sich zwischenzeitlich mehrere Tausende ehrenamtlich betätigen. Es müsse daher immer wieder auf neue Entwicklungen in der Gesellschaft reagiert werden. Außerdem müsse auf den hauptamtlichen Bereich Rücksicht genommen werden. Dieser Bereich dürfe nicht mit zu viel ehrenamtlichem Engagement abgedeckt werden.

Kreisrat Demel wies darauf hin, dass sich viele Grundvoraussetzungen geändert hätten. Als Vorsitzender vieler Miltenberger Vereine habe er beobachtet, dass Schüler heute großen Stresssituationen ausgesetzt seien und deshalb weniger Zeit für Vereinsaktivitäten hätten. Es erhebe sich daher die Frage, wie mit der zu schaffenden Stelle das erreicht werden soll, was die Vereine vor Ort nicht fertig bringen. Dazu müsste seiner Meinung nach eine extrem enge Zusammenarbeit am Runden Tisch erfolgen.

Landrat Schwing sagte dazu, dass viel von der Kreativität der Stelleninhaberin bzw. des Stelleninhabers abhängen werde. Es seien bereits viele Ansätze vorhanden. Der Boden für Bürgerschaftliches Engagement sei im Landkreis Miltenberg bereitet. Dieser Bestand müsse gehalten und nach Möglichkeit weiter ausgebaut werden.

Zur Aussage von Herrn Dr. Rübke, bezüglich Vision wies Kreisrätin Fichtl darauf hin, dass es die gesellschaftliche Veränderung auch in der Kirche gebe. Die Kirche habe deshalb bereits Pfarrengemeinschaften gebildet. Vielleicht wäre es möglich, regionale Stellen Bürgerschaftlichen Engagements zu bilden und diese mit der Stelle im Landratsamt Miltenberg zu vernetzen.

Herr Dr. Rübke bestätigte dass Vernetzung die wichtigste Aufgabe sei. Es gehe zunächst darum, festzustellen, was bereits vorhanden sei, um Doppelbesetzungen zu vermeiden. Außerdem gelte es, die Schnittstelle zum hauptamtlichen Bereich zu definieren und dann festzustellen, welche Dinge gemeinsam getätigt werden können. Dann könne viel Neues entstehen.

Landrat dankte abschließend Herrn Dr. Rübke für seine Informationen und teilte mit, dass sich die Kreisgremien nach Vorliegen der Förderrichtlinien erneut mit der Angelegenheit befassen werden.

Tagesordnungspunkt 4:

Seniorenpolitisches Gesamtkonzept für den Landkreis Miltenberg - Zwischenbericht

Landrat Schwing wies darauf hin, dass sich der Ausschuss bereits Ende 2008 mit der Angelegenheit befasst habe. Schließlich wolle der Landkreis Miltenberg einer der ersten Landkreise Bayerns mit einem Seniorenpolitischen Gesamtkonzept sein. Was zwischenzeitlich geschehen sei, werde heute Verwaltungsamtsrat Vill berichten.

Verwaltungsamtsrat Vill gab sodann anhand eines Beamer-Vortrages, welcher im Kreistagsinformationssystem zur Verfügung stehe, einen Zwischenbericht zum Seniorenpolitischen Gesamtkonzept.

Landrat Schwing wies darauf hin, dass zwischenzeitlich viel geschehen sei und das Begleitgremium schon viel Zeit investiert habe. Nach der Beschlussfassung über das Konzept seien die 32 Gemeinden gefordert, denn ein Großteil der Empfehlungen liege im Gemeindebereich, wo die meisten Senioren leben.

Unter Hinweis auf die genannten ca. 46 % Rücklaufquote bemerkte Kreisrätin Fichtl, dass der Fragebogen ein erhöhtes Gedankengut vorausgesetzt habe. Vermutlich haben sich mehrere Senioren wegen unklar ausgedrückter Fragestellungen gescheut, den Fragebogen auszufüllen.

Verwaltungsamtsrat Vill versprach, diese Anregung weiterzugeben.

Landrat Schwing dankte Verwaltungsamtsrat Vill für den Vortrag und sprach die Hoffnung aus, dass das Seniorenpolitische Gesamtkonzept im Landkreis Miltenberg zeitgerecht umgesetzt werden können.

Tagesordnungspunkt 5:

Organisation und Finanzierung der offenen Ganztageschule im Schuljahr 2009/2010

Regierungsrat Feil informierte darüber, dass das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus mit Schreiben vom 18.05.2009 grundlegende Informationen zur Organisation und Finanzierung der offenen Ganztageschule im Schuljahr 2009/2010 gegeben und einen entsprechenden Zeitplan mitgeteilt habe.

Danach übernehme der Freistaat Bayern ab dem Schuljahr 2009/2010 an staatlichen Schulen die Trägerschaft für die offene Form der Ganztageschule als schulische Einrichtung. Es werde explizit ausgeführt, dass aufgrund der Übernahme keine Verträge mehr zwischen der Kommune und einem freien Träger über das offene Ganztagesangebot geschlossen werden müssten. In Zukunft würden die Schulleitungen im Benehmen mit dem Sachaufwandsträger innerhalb der staatlichen Rahmenbedingungen eigenverantwortlich über die Ausgestaltung der Bildungs- und Betreuungskonzepte am Nachmittag entscheiden. Des Weiteren sollten die nun notwendigen Leistungen vorrangig von freien gemeinnützigen Trägern erbracht werden, so dass die bisherigen Träger der offenen Ganztageschule in bewährter Weise mit ihrem Personal die Betreuungsangebote am Nachmittag auch in Zukunft ganz oder teilweise durchführen könnten. Der Unterschied bestehe allerdings darin, dass diese künftig nicht mehr selber als Träger auftreten würden, sondern als Kooperationspartner des Freistaates Bayern und der jeweiligen Schulleitung.

Der Antrag werde vom Sachaufwandsträger bei der Regierung gestellt. Der Sachaufwandsträger verpflichte sich darin, neben dem Sachaufwand auch die Eigenbeteiligung von 5.000 € je Gruppe für die beantragte Gruppenzahl zu übernehmen. Verbindlicher Antragstermin für die offene Ganztagschule zum kommenden Schuljahr sei 03.07.2009.

Es werde davon ausgegangen, dass die bestehenden offenen Ganztagschulen an den Landkreisschulen weitergeführt werden sollen. Nach Rücksprache mit der Kämmerei seien die erforderlichen Haushaltsmittel eingestellt.

Kreisrat Schötterl wies darauf hin, dass heute ein Ermächtigungsbeschluss gefasst werden soll, obwohl noch nicht bekannt sei, ob die Angelegenheit in den nächsten Jahren teurer werde. Er fragte, ob der Anteilsbetrag erhöht werden könne.

Landrat Schwing teilte dazu mit, dass der Anteilsbetrag nicht ohne weiteres geändert werden könne. Für den Fall, dass er erhöht werden müsse, müssten Verhandlungen der kommunalen Spitzenverbände mit dem Kultusministerium erfolgen. Er gehe davon aus, dass der Landkreis Miltenberg mit seinem Haushaltsansatz zurecht komme.

Kreisrätin Follner betonte, dass die Ganztagsbetreuung sozialpolitische Aufgabe sei, der sich auch der Landkreis Miltenberg stellen müsse.

Die Mitglieder des Ausschusses für Bildung, Kultur und Soziales fassten einstimmig folgenden

B e s c h l u s s :

Die Verwaltung wird ermächtigt, die für die Antragstellung notwendige Zusage der Übernahme des zusätzlichen Sachaufwandes sowie die Eigenbeteiligung von 5.000 € je Gruppe und Jahr gegenüber der Regierung von Unterfranken abzugeben.

gez. Schwing

Schwing
Vorsitzender

gez. Ullrich

Ullrich
Schriftführerin